

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto: G. K. K. K., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkönig

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 2800.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die begehrtete Komparierzeile 500.— M., auswärts 600.— M., die begehrtete Reklamazeile 2000.— M., auswärts 2500.— M., Ausland 8000 u. 9000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangeh. Stellen u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 200 M.

Nr. 131

Dresden, Freitag den 8. Juni 1923

34. Jahrg.

Das erweiterte Angebot

Die neue deutsche Note, die jetzt an die Entente abgegeben ist, stellt zweifellos Fortschritte gegenüber der vorigen Note dar. Sie leidet aber unter dem Mangel, der bisher fast allen Kundgebungen der deutschen Regierung in der Reparationsfrage eigen war. Es wird in der Note zwar ausführlich von den Garantien gesprochen, die die deutsche Regierung für die Bezahlung der Reparationen leisten will. Die Reichsbahn, die deutsche Wirtschaft und bestimmte Höhle sollen als Sicherheit für die Zahlung der Reparationslasten dienen. Die Reichsregierung geht aber auch in dieser Note wieder nicht auf die Frage ein, wie die notwendigen Devisen beschafft werden sollen, die wir zur Bezahlung unserer Reparationsschulden brauchen. Aus der Reichsbahn, aus den Zöllen und Steuern fließen uns doch nur Papiermarkeneinnahmen zu, und auch die Garantien der deutschen Wirtschaft bringen nicht ohne weiteres Goldmark ein. Durch noch so hohe Papiermarkeneinnahmen aber kann die Reparationsfrage nicht gelöst werden, wenn es uns nicht gelingt, die nötigen ausländischen Zahlungsmittel zu bekommen. Würden wir einfach einen Teil der Einnahmen der Reichsbahn und der Erträge der Zölle ins Ausland senden, um dort fremde Zahlungsmittel zu kaufen, so müßte dadurch der Stand der Mark immer wieder aufs Neue erschüttert werden. Es ist wahrhaftig unbearbeitet, daß es die aus „Wirtschaftlern“ bestehende Regierung Cuno immer wieder fertig bringt, an dem Kernproblem der Reparationsfrage einfach vorüberzugehen. Einer Zukunft aus Berlin über das Angebot entnehmen wir folgendes:

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt uns aus Berlin:

Seit viel zu spät hat die gegenwärtige Regierung aus ihren Fehlern in der Außenpolitik und aus der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten 4 Wochen etwas gelernt. Sie hat in ihrer neuen Note jede unnütze Polemik vermieden und sich einer psychologischen Form bedient, die wesentlich besser ist, als die der Note vom 2. Mai. Die Sicherheitsfrage jenes Problems, das in den kommenden Tagen den wesentlichen Gegenstand aller Erörterungen bilden dürfte, ist diesmal unberücksichtigt geblieben. Kein Wort enthält die Note ferner über den von Frankreich geforderten Verzicht auf den passiven Widerstand. Der verhängnisvolle Einfluß der Deutschnationalen auf die letzte Note ist also endlich festgestellt. Das beweist auch der übrige Inhalt des ergänzenden Vorklages, dessen Aufbau rein sachlich vollzogen wurde, und der so den Beweis von der langsamen aber stetigen Sinnesänderung dieser Regierung liefert. Während Herr Rosenbergs unter Zustimmung des Reichstages und der Deutschnationalen noch in seiner letzten großen Reichstagsrede im April sich gegen ein internationales Schiedsgericht zur Festlegung der deutschen Leistungsfähigkeit wandte, so lange nicht bekannt ist, welche Zusammenfassung diese Leistung und finanzielle Fähigkeiten einer beratenden Kommission zu überlassen.

Aber auch in anderer Hinsicht haben sich die Herren etwas anders besonnen. Der Sinn des wesentlichen Teiles ihrer Ergänzungen läuft in erster Linie auf ein vierjähriges Moratorium für die Barleistungen hinaus. So lange Anleihen nicht möglich sind, wollen sie an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen übernehmen, ohne jedoch zu erklären, wie hoch nach ihrem Ermessen diese Leistungen sein sollen und welche Höhe die Befähigung nach eigenen Schätzungen haben kann. Die Sozialdemokratie war in diesem Punkte gegenteiliger Auffassung wie die Regierung, die ihre Haltung zur Frage der Entschuldung mit angeblich guten Informationen begründete, damit jedoch eine Änderung in der Haltung unserer Fraktion nicht erfolge. Die Wichtigkeit ihrer Informationen dürfte sich bald herausstellen. Vielleicht vermag ein positiver Entscheid eine Änderung der Auffassung innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herbeizuführen. Vorläufig bleibt sie jedoch der Meinung, daß die Nennung einer festen Zahl angebracht war und kann sich infolgedessen der Behandlung der Frage über die endgültige Leistungsfähigkeit, wie sie in der Note der Regierung Cuno gegeben ist, nicht anschließen. Immerhin aber läßt auch das Kabinett bei der Behandlung der Garantieforderungen indirekt durchblicken, daß nach seiner Schätzung die Annuitäten jährlich 500 + 500 + die Einnahmen aus den Zöllen für Genussmittel, Tabak, Bier, Wein, Zucker usw., also 200 Millionen Goldmark, ausmachen, beitragen können. Rechnet man zu dieser Jahresleistung von 1,8 Milliarden Goldmark die Beiträge für die Sachlieferungen, so würde sich eine jährliche Annuität von 1,8 Milliarden Goldmark ergeben. Zwar wird in der neuen Note kein Wort über die Verrechnung der Sachlieferungen gesagt, wie sie überhaupt jede Verrechnung der Sachlieferung vorzüglich vermeidet. Wir glauben deshalb, darauf hinweisen zu müssen, daß sich das Kabinett in seiner ersten Note bereits bereit erklärt hat, auch während der Dauer des Moratoriums Sachlieferungen vorzunehmen und müssen erwarten, daß diese Auffassung aufrecht erhalten bleibt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wäre es erwünscht gewesen, auch die Sachlieferungen, ihre Abgeltung und Verrechnung zu erwähnen. Wollen wir im Ernst die Verfindigung, dann wird diese Frage im Zusammenhang mit den Ergänzungen bald geklärt werden müssen.

In der Garantiefrage hat die Regierung endlich ein klares Wort gesprochen. Sie will von einem gewissen Zeitpunkt an die Einnahmen der Reichsbahnen verpfänden, den deutschen Grundbesitz mit Jahresleistungen von 500 Millionen Goldmark heranziehen und außerdem die Zölle zu einem wesentlichen Bestandteil zur

Verfügung stellen. Es ist bedauerlich, daß ohne weiteres das Angebot der Wirtschaft in seiner zahlenmäßigen Höhe übernommen wurde. Die Herren Sachverständigen mögen noch so heulen und schreien über ihre Opferbereitschaft, das eine steht doch fest, daß ihnen das Opfer von 500 Millionen Goldmark jährlich nicht sehr schwer fällt. In diesem Zusammenhang müssen wir deshalb auch heute wieder warnen, den deutschen Wirtschaftskreisen, die an dem Glanz des deutschen Volkes verdienen, als Entgelt die Erfüllung ihrer Bedingungen zuzusagen. Sie haben in diesem Staate ohne Bedingungen noch größere Opfer zu bringen, und diese Leistungen sehen wir vorläufig in einer neuen Vermögenssteuer, deren Veranlagung nach dem Gemeinwert vollzogen wird, und deren Einkünfte zur Stabilisierung der Mark Verwendung finden. Auch diesen innerpolitischen Punkt hat die Regierung unerwähnt gelassen. Die Sozialdemokratische Partei muß deshalb mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß das Versäumte nachgeholt wird.

In ihrer Gesamtheit ebnen die Ergänzungen weiter den Weg zu Verhandlungen und eröffnen neue Aussichten auf eine Beilegung des Konflikts. Aber das Ergebnis der Brüsseler Konferenz weist auf die Zukunft der Entwicklung, auf die Art der Lösung unheilvolle Schattenseiten. Statt die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund zu stellen, wurden die Beschlüsse von den französischen und den belgischen Politikern in Weisheit wieder einmal von rein politischen Gesichtspunkten aus, vollkommen einseitig gefaßt. So kann man nicht zur Verständigung kommen, wenn den aufregenden Tagen der letzten Jahre endlich der ersehnte wahre Frieden folgen soll. Diesen Frieden will das deutsche Volk! Keine Regierung hält es davon ab.

Die Note

Die Reichsregierung hat am Donnerstag in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum überreichen lassen:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näherbringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprochen wolle, als nach ihrer Ueberzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist.

Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Lohndfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unpar-

teisiichen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlung anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar.

Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende

Garantien

für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen abgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 an mit 5 Prozent verzinst sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 an sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstelliges Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder un-

Beilegung des Hagener Streiks

Ein Sieg der Metallarbeiter — Die Stimmung im Industriegebiet

Eibersfeld, 7. Juni. (Fig. Drahtb.) Der Metallarbeiterstreik in Hagen ist beigelegt; damit kehren 35 000 Metallarbeiter zur Arbeit zurück. Die Gemäßigten sind wieder eingestrichelt worden. Dieser Ausgang bedeutet nicht nur einen Sieg der Gewerkschaften, sondern auch einen Sieg des offiziellen Arbeitgeberverbandes, des Hagener Stahlbundes, gegen die Anarchisten und extrem nationalistisch gerichtete Gruppe der herrschenden Arbeitgeber, die unter dem direkt verbrecherischen Einfluß des Deutschnationalen, aber durchaus nationalsozialistisch orientierten Reichstagsabgeordneten van den Kerckhoff stehen und die den Streik im wichtigsten Industriegebiet Hagen propagierten. In Hagen, wo noch immer 15 000 Metallarbeiter im Streik stehen, haben am Donnerstag unter dem Vorsitz der Düsseldorf-Regierung Einigungsverhandlungen begonnen.

Die Tätigkeit der Franzosen erstreckt sich nach der Beschlagnahme der wichtigen Mittellinie auf die umliegenden Jachen, die die größten Kokeretten Westfalens enthalten. Gewöhnlich erscheinen Truppen mit Panzerwagen. Sie reisen das Anschlußgleis nach den in der Nähe gelegenen Jachen auf und entfernen sich wieder. Am Donnerstag wurden die Anschlußgleise der Jache „Zentrum 1 und 2“ in Wattenfeld, „Holland 3 und 4“ in der Nähe von Helsenkirchen unbrauchbar gemacht. Man rechnet mit völliger Stilllegung des wichtigen Verschiebebahnhofes Wattenfeld. Damit wäre der Kohlentransport vollständig unterbrochen.

Man darf sich über die Stimmung gerade der Bevölkerung des Industriegebietes keinen Illusionen hingeben. Während der Mann auf der Straße der Auffassung geneigt ist, daß der Widerstand der Eisenbahner so ziemlich gewollt sei, weil die Jachen ihre Kohle doch auf die Halben klappten und sie sowieso mit den Franzosen schon Hand in Hand arbeiten, hat auf andre Kreise das Angebot der Industrie und der Landwirtschaft, die sich vor den Opfern bildeten, während die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr sowieso alles opfert, sehr herber gewirkt. Weiter führt man ins Feld, daß die Disziplinerverfahren gegen die Hagenen Eisenbahner vom Februar 1922 immer

nach schreien und daß Bergbauangestellte, die seit Jahren gemohregelt sind und laut Schiedspruch wieder eingestellt werden müssen, immer noch auf der Straße liegen. In einer Resolution, die die Hagenen freien Gewerkschaften gestern Abend einstimmig angenommen haben, wird das als Dolchstoß in den Rücken der Ruhrkämpfer bezeichnet.

Der Hauptgrund der Mißstimmung bleibt aber die Lohnfrage. Die Gehälter der Ruhrarbeiter in dieser Beziehung wird auf die denkbar härteste Probe gestellt. Hier muß bald eine Änderung getroffen werden.

Eibersfeld, 7. Juni. (Fig. Drahtb.) Die Reichs-Schlagerei ist am Mittwoch in Düsseldorf ausgebrochen worden. Entwesen waren ungefähr 70 bis 80 Personen. Schlagerei wird nach Eibersfeld übergeführt und in der Stadthalle aufgeführt. Am Freitag findet eine Feierlichkeit statt, für die Einladungen ausgegeben worden sind. Die ganze Veranstaltung, die einen Anstrich von nationaler Agitation hat, ruht in den Händen bekannter Eibersfelder Nationalsozialisten.

Die R. P. D. lehnt ab!

Eibersfeld, 7. Juni. (Fig. Drahtb.) Im Sonntag den 26. Mai hat in Obermarsch eine Versammlung von Delegierten (Unterbezirk) der R. P. D. stattgefunden. In dieser Versammlung hat der Leiter der Zentralkomitee der R. P. D. erklärt, daß die Franzosen mehrfach an die Partei mit folgendem Vorschlag herantreten seien: „Die jetzige deutsche Regierung ist ein Schaden für das deutsche Volk und muß gestürzt werden. Deutschland kann nur gewonnen werden, wenn eine Arbeiterregierung besteht, und um diese zu erreichen, seien die Franzosen bereit, den Kommunisten Waffen zur Verfügung zu stellen.“

Das Angebot soll von der R. P. D. abgelehnt werden sein.